

Debatte zur Migrationspolitik / Was-tun-Kreis Hamburg am 14.04.2024 / erste Thesen / noch nichts Fertiges / nur ein Zwischenstand -- AG

Was ist Migration / Worüber reden wir?

Gegenwärtig leben in Deutschland zw. 13 und 14 Millionen Menschen ohne deutschen Pass. Weitere 14 Millionen unserer Einwohner sind ehemalige Migranten bzw. deren Nachkommen. Letztere deutsche Staatsangehörige.

Von denjenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, machen die „Geflüchteten“, die in ein Asylverfahren gingen, nur den geringsten Teil aus. Merkwürdig ist, dass sich die politische Debatte aber fast nur auf diese bezieht. Die große Mehrheit besteht aber aus (anerkannten oder auch zeitweilig anerkannten) Arbeitsmigranten. Über 1.3 Mio. aus der Türkei. 1.3 Mio. aus Rumänien und Bulgarien, 700.000 aus Italien, 900.000 aus Polen, 430.000 aus Kroatien, 650.000 aus dem Kosovo und aus Griechenland usw. Insgesamt knapp 10 Millionen Menschen, von denen rund 5 Millionen allein aus EU-Staaten kommen.

Bei diesen Migranten geht es also nicht um „Flucht“, sondern um „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ bzw. um Abwerbeabkommen.

Im Asylverfahren – oder in einem Schutzstatus nach einem Asylverfahren – befanden sich Ende 2022 2,8 Millionen Menschen. Von diesen kamen 70-80 Prozent aus Kriegsgebieten oder ehemaligen Kriegsgebieten. [bspw. Syrien 1 Mio., 380.000 aus Afghanistan, 280.000 aus dem Irak, viele aus Eritrea usw.]. Dazu kommen die Ukrainer, die ein besonderes Aufenthaltsrecht genießen. Zusätzlich zu den schon zuvor aus der Ukraine hier lebenden Arbeitsmigranten (200.000) waren dies Ende 2022 weitere 1 Million Menschen im Zusammenhang mit dem Krieg.

Interessant: auf afrikanische Länder entfallen nur 4-5 Prozent aller Migranten, die in Deutschland leben. Obwohl wir ja häufig von „Hungermigration“ reden. Mal ein Beispiel: aus dem bitterarmen Süd-Sudan, schafften es bisher nur 700 Menschen nach Deutschland. Der Jemen spielt keine Rolle. Auch der Kongo, Zentralafrika und Myanmar, wo Hunderttausende in Zeltstädten leben, spielen in den Zuwanderungsstatistiken kaum eine Rolle.

Das hat natürlich auch mit der „Festung Europa“ zu tun. Denn genau an dieser Stelle setzt der Unterschied zwischen erwünschten und unerwünschten Migranten ein. Andererseits, würde ich jetzt Zuwanderungszahlen für Südafrika vorlegen, wäre die Qualität in der Zusammensetzung kaum eine andere.

Warum ist das so? Flüchtlingsorganisationen errechneten für Ende 2022 weltweit 110 Millionen Geflüchtete – also abseits der offiziellen Arbeitsmigration. Nach deren Angaben sind davon aber 60 Prozent Binnenflüchtlinge, die sich also nur von einem Teil ihres Landes in einen anderen Teil bewegen. Die Übrigen finden Aufnahme in Nachbarländer. Nur etwa 4 Prozent schaffen es in Asylverfahren höher entwickelter Länder. Vielen unter ihnen – vor allem den mittellosen Armen – fehlt es schlicht an den materiellen Ressourcen um lange Fluchtwege zu finanzieren. Caritas Intern. verwies für diese kürzlich auf einen durchschnittlichen Fluchtradius von etwa 20 Kilometern.

Welche objektiven Prozesse wirken auf die Migration ein?

Artur Pech hat in der vorletzten Ausgabe der Marxistischen Blätter dazu eine Untersuchung vorgelegt: die größte statistische Korrelation für Zu- und Abzüge einzelner Länder ergibt sich mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Hat ein Land ein hohes BIP, weist es ein positives Migrationssaldo auf. Sinkt das BIP, sinkt auch der Überschuss der Zuwanderungen gegenüber Abwanderungen. Sinkt es weiter, wandern mehr Leute ab, als ein.

Gewollt sind in den Zielländern Migranten, die dort die Bedingungen für die Kapitalverwertung verbessern. Davon hängt ab, wer kommen darf und wer nicht. Nach Deutschland sollen v.a. gut Ausgebildete kommen, um hier für einen möglichst geringen Lohn zu arbeiten.

Migration in der Betrachtung der marxistischen Klassiker

Schon Karl Marx und Friedrich Engels analysierten diese Zusammenhänge. Kapitalismus entwickelt sich nicht gleichförmig. Er führt zu unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen. Migration bringt Billiglohnkräfte aus unterentwickelten Ländern in höher entwickelte. Dies und die damit zusammenhängende Spaltung der Arbeiterklasse, verschafft den Kapitalisten neue Profit-Perspektiven.

Letzteres hängt mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals zusammen. Der Anteil des in Maschinen investierten Kapitals wird höher. Diese Technisierung vergrößert die Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig sinkt damit der Anteil, der in variables Kapital investiert wird, also für den Einkauf von Arbeitszeit, was aber dazu führt, dass die Rate des Profits, also das Verhältnis zwischen erzieltem Profit und investierter Gesamtsumme, in der Tendenz sinkt. Mehrwert entsteht in der Ausbeutung von Arbeitszeit, während der Wert des in

Maschinen investierten Kapitals nur auf die neue Ware übertragen wird. Diese Rate des Profits, also den Ertrag für jeden einzelnen investierten Euro wieder anzuheben, gelingt durch eine Ausweitung der Produktion mit zusätzlicher auszubeutender Arbeitszeit.

Die Ware Arbeitskraft

Wir müssen diese Fragen der Migration also im Zusammenhang mit der Mehrwerttheorie diskutieren. Marx und Engels sagten es bereits im Kommunistischen Manifest, dass die Lohnarbeit »ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich« beruht. [Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 473] Wenn das richtig ist, macht es keinen Sinn dies für die Migration zu bestreiten.

Eines der bekanntesten Bücher von Friedrich Engels ist das zur „Lage der arbeitenden Klasse in England“. In dessen Vorwort zur englischen Ausgabe betonte dieser:

»Zeitweilig gab es Besserung, selbst für die große Masse. Aber diese Besserung wurde immer wieder auf das alte Niveau herabgebracht durch den Zustrom der großen Menge der unbeschäftigten Reserve, durch die fortwährende Verdrängung von Arbeitern durch neue Maschinerie und durch die Einwanderung der Ackerbauarbeiter, die jetzt auch mehr und mehr durch Maschinen verdrängt wurden.«

[Friedrich Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe der »Lage der arbeitenden Klasse in England«, MEW Bd. 22, S. 270.]

Die Nachfrage nach Arbeit ist im Kapitalismus also nicht identisch mit dem Wachstum des Kapitals. Die Zufuhr von Lohnarbeitern nicht mit dem Wachstum der Arbeiterklasse.

1865 führte Karl Marx in »Lohn, Preis und Profit« dazu aus:

»In Kolonialländern begünstigt das Gesetz von Angebot und Nachfrage den Arbeiter. Daher der relativ hohe Lohnstandard in den Vereinigten Staaten. Das Kapital kann dort sein Äußerstes versuchen. Es kann nicht verhindern, dass der Arbeitsmarkt ständig entvölkert wird durch die ständige Verwandlung von Lohnarbeitern in unabhängige, selbstwirtschaftende Bauern. Die Tätigkeit eines Lohnarbeiters ist für einen sehr großen Teil des amerikanischen Volks nur eine Probezeit, die sie sicher sind, über kurz oder lang durchlaufen zu haben.«

Marx und Engels erklärten die Ein- und Auswanderung also aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, der Produktionsweise. Die

Beschäftigung mit der Mehrwerttheorie deckt zudem auf, dass die Arbeitskraft in unterschiedlichen Ländern einen unterschiedlichen Wert hat, denn dieser Wert ergibt sich aus den Kosten für ihre Reproduktion: Schule und Ausbildung, Lebensmittel, Miete, Erholung etc. pp. Damit ist aber klar, dass man den darauf nicht unwesentlich basierenden Lohn, darüber hinaus den gesamten Aufwand für die Reproduktion, wie er zum Beispiel in Deutschland entsteht, nicht mit dem in Rumänien oder z.B. in Indien vergleichen kann.

Die unterschiedlichen Länder bilden zudem unterschiedliche juristische, kulturelle und soziale Überbau-Beziehungen aus. Beispielsweise das, was wir hierzulande Sozialstaat nennen. Zwischen diesem Überbau und der in einem Land gegebenen Arbeitsproduktivität besteht ebenfalls ein Zusammenhang. Das ist vielleicht ein Grund dafür, dass Airbus Ingenieure aus Indien holt, obwohl diese digital für Airbus ja auch in Indien arbeiten könnten. Sogar billiger.

Indem die Arbeitskraft eine frei handelbare Ware ist, ergibt sich ein weiterer Zusammenhang für ihren Preis, der mit Angebot und Nachfrage zu tun hat. Die Ausweitung des Warenangebots durch Einwanderung hat eine lohnmindernde Wirkung. Also auch wenn alle Diskriminierungen der Hinzukommenden aufgehoben wären.

Geht es bei all dem um „Gerechtigkeit“? Nun, das kann man in der politischen Polemik so sagen, aber im ökonomischen Kern geht es um nichts anderes als um einen Verteilungsmechanismus der Ware Arbeitskraft unter kapitalistischen Bedingungen. Wer diesen aufheben möchte, muss die Systemfrage stellen. Und zwar weltweit. Aber dann auch aufzeigen, wie er diese beantworten kann.

Schauen wir uns das für Deutschland an. Ich hatte mich damit 2019 beschäftigt. Nach einem Bericht der Bundesanstalt (BA) für Arbeit verdienten Vollzeit arbeitende Flüchtlinge (Asylbewerber und Flüchtlinge nach der Genfer Konvention – und sofern sie nach einer Arbeitserlaubnis Arbeit fanden) durchschnittlich nur 44 Prozent von dem, was sonst gezahlt wird. Knapp 85 Prozent dieser Beschäftigten befinden sich zudem im Niedriglohnbereich. Das bestätigte eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2015, die zeigte, dass selbst nach sechs bis zehn Jahren einer solchen Beschäftigung durchschnittlich nur 71 Prozent des üblichen Lohns gezahlt wird. Selbst für hochqualifizierte akademische Arbeit, liegt das Lohnniveau unter dem, was sonst üblich ist. Dieser Druck erhöht sich darüber, dass laut einer Analyse der Bundesbank 70 Prozent aller in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlinge im ersten Jahr nach ihrer Anerkennung erwerbslos

bleiben. Doch damit ist das Thema nicht erschöpft. Nach vorliegenden Zahlen verdienen nämlich auch diejenigen, die im Rahmen der so genannten Arbeitnehmerfreizügigkeit aus EU-Ländern kommen, nur etwa Zweidrittel von dem, was sonst in den Branchen bezahlt wird.

Manchmal wird argumentiert: „Wir“, die Erwerbstätigen in den imperialistischen Zentren, seien dazu verpflichtet etwas von unserem Wohlstand an andere Länder abzugeben, da wir ja von deren Ausbeutung ebenfalls profitieren. Das scheint mir an der Mehrwerttheorie aber weitgehend vorbeigeschossen zu sein. Manchmal wird sich auf Lenin bezogen, der in einer Zeit, in der 85 Prozent der Welt aus Kolonien bestand, mit Extraprofiten durch die Monopole argumentierte, die aus dem Raub von Rohstoffen gewonnen wurden, und von denen dann auch Beschäftigte profitierten. Was dabei vernachlässigt wird, ist, dass dies auch zu Zeiten von Lenin immer nur für einen sehr kleinen Teil der Erwerbstätigen zutraf, und ebenfalls, dass dessen Schlussfolgerungen für den Umgang mit der Migration sehr stark auch von revolutionstaktischen Überlegungen bestimmt waren.

Rückwirkungen auf die Herkunftsländer der Migration

Tatsächlich wird die Ausplünderung weniger stark entwickelter Länder durch die Migration weiter verstärkt. Also wenn beispielsweise ein Arzt in seiner Ausbildung sagen wir 300.000 EUR kostet und Deutschland 1000 Ärzte allein aus Albanien abwirbt, dann berauben wir Albanien, wo es selbst nur 5000 Ärzte gibt, um rund 300 Millionen EUR. Das ist aber die Schule, die Phase in der aus Kindern Erwachsene werden, noch gar nicht eingerechnet. Ähnlich ist es mit Ärzten aus Malawi oder dem Niger, die, obwohl aus Afrika kommend, einreisen dürfen. Das ist aber auch für Pflegekräfte aus dem Kosovo, Ingenieure aus Indien, Akademiker aus Syrien (die meisten Syrer die 2015 / 2016 ins Land kamen, hatten einen Hochschulabschluss) nicht anders.

Zweitens entsteht damit häufig ein Abhängigkeitsverhältnis. Das lässt sich beispielsweise an Rumänien und Bulgarien festmachen, wo viele hierzulande als Billiglohnkräfte eingesetzt werden. Rumänien hat noch 19 Millionen Einwohner. Von diesen arbeiten inzwischen 6 bis 7 Millionen im Ausland. Aber hat das eine positive Rückwirkung auf Rumänien? In den wenigen Bereichen, wo dort ein Wirtschaftswachstum stattfindet, wie etwa im Tourismus und in der Ausbeutung von Rohstoffen, werden die Profite zu einem großen Teil von ausländischen Konzernen kassiert. In anderen Bereichen, so zeigen es Statistiken der Bundesbank, gibt es indes nur wenig realwirtschaftliche

Investitionen. Das Land hat als Teil der EU – und des Schengen-Raums – kaum eine Chance so etwas wie eine eigene nationale Bourgeoisie und damit eine eigene nationale Industriebasis auszubilden.

Die kapitalistische Konkurrenz führt dazu, dass sich die Arbeit „mit dem gesellschaftlich üblichen Grad an Intensität“ und dem „gewöhnlichen Durchschnittsmaß an Anstrengung“ vollzieht (MEW 23, S. 210), aber gleichzeitig werden in diesem Prozess schwächere Mitbewerber vom Markt verdrängt. (MEW 23, S. 355 ff). Schützen können sich die Einzel-Kapitale weniger entwickelter Länder nur als Teil eines nationalen Gesamtkapitals und in Märkten, in der sie eigene Durchschnittsbedingungen ausbilden können. Die politische Form des nationalen Gesamtkapitals ist ein durch Grenzen definierter Staat. Denn während sich innerhalb eines Marktes das Wertgesetz in der Form der Vernichtung der zurückgebliebenen Kapitale durchsetzt, ist dies auf dem Weltmarkt nur modifiziert möglich. Der Aufstieg des deutschen Kapitals gegen das englische Weltmarktmonopol im 19. Jahrhundert wäre sonst ja z.B. nicht möglich gewesen. Die Grundlage dieser Modifikation des Wertgesetzes ist die Brechung der Konkurrenz der Kapitale durch den Staat. Er setzt der freien Beweglichkeit des Kapitals Grenzen. Empirischer Ausdruck dieser Beschränkung sind Zollgesetzgebung, Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen für Waren jeglicher Art, gesetzliche Beschränkungen von Kapitalexport und Kapitalimport (Devisenbewirtschaftung). [Vergleiche Karl Marx im Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 583-584]

In einem solchen Rahmen, nicht aber im Rahmen einer post-kolonialen Einordnung in imperialistische Sphären, ergeben sich dann auch bessere Möglichkeiten für höhere Löhne zu kämpfen. Deren Niveau hängt freilich sehr stark auch von der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität mit ab. Die Vorstellung einer Angleichung der Löhne zwischen verschiedenen Ländern, ohne dass sich die Arbeitsproduktivität angleicht, ist unrealistisch. Der Wert der Arbeitskraft, ihre Reproduktionskosten und ihr Reproduktionsniveau, ist national an konkrete Märkte gebunden. Alles weitere ist dann eine „Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden“ (MEW 16, 149), also zwischen nationaler Bourgeoisie und der Arbeiterbewegung des jeweiligen Landes.

Gilbert hat uns in einer Zuschrift darauf hingewiesen, dass sich viele Länder im Würgegriff hoch entwickelter kapitalistischer Länder befinden. Mit Freihandelsabkommen, in deren Rahmen ihre Märkte mit fremden Gütern überschwemmt werden, mit Finanzinvestitionen, die häufig Schuldscheine sind. Das geschieht nicht nur um Arbeitskräfte abzupressen, es verspricht auch sonst höchste Profite.

Internationalismus

In einem Beitrag in der FAZ vom 3.11.23 hieß es: aus der Sicht der Linken ist Migration der Gegenentwurf zum Nationalismus. Mit Verlaub: Migration hat doch aber vor allem etwas mit kapitalistischer Verwertung zu tun.

Beschädigung der sozialen Infrastruktur

Es gibt eine weitere Wirkung, die von der Migration ausgeht. Diese beschrieb Friedrich Engels 1882 in einem Aufsatz zur damaligen Einwanderung deutscher Migranten in die USA. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Einwanderung in die USA so sehr erhöht, dass sie nicht mehr durch den gleichzeitigen Abfluss in die Landwirtschaft kompensiert wurde. Engels schrieb:

„Die Zahl der amerikanischen Geldfürsten ist [dort] noch weit größer [als in Deutschland]. Und diese fabelhafte Reichtums-Akkumulation wird durch die enorme Einwanderung in Amerika noch von Tag zu Tag gesteigert. Denn direkt und indirekt kommt dieselbe in erster Linie den Kapitalmagnaten zugute. Direkt, indem sie die Ursache einer rapiden Steigerung der Bodenpreise ist, indirekt, indem die Mehrzahl der Einwanderer den Lebensstand der amerikanischen Arbeiter herabdrückt. Schon jetzt finden wir in den zahllosen Streikberichten, welche unsere amerikanischen Bruderorgane melden, einen immer größeren Prozentsatz von Streiks zur Abwehr von Lohnreduktionen, und die meisten auf Lohnerhöhung abzielenden Streiks sind im Grunde auch nichts anderes, denn sie sind entweder hervorgerufen durch die enorme Steigerung der Preise oder durch das Ausbleiben der sonst im Frühjahr üblichen Lohnerhöhungen.“

[Geschrieben am 3. Mai 1882 - Friedrich Engels, „Über die Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten“, MEW, Bd. 19, S. 307]

Engels spricht von einer Steigerung der Immobilien- und Mietpreise. Das gilt aber in ähnlich demolierender Weise heutzutage auch für die gesamte soziale Infrastruktur, als z.B. auch den Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Schauen wir uns das am Beispiel von Portugal an. Dort gibt es vor allem im Süden inzwischen viele Migranten aus Afrika und aus Asien, die dort als Billiglohnkräfte in der Landwirtschaft arbeiten. Auch hier überwiegend im Rahmen von Abwerbe-Abkommen. Die Löhne gerieten unter Druck. Viele Portugiesen verdienen dort nur den Mindestlohn von etwa 700 EUR.

Gleichzeitig stiegen die Mietpreise so sehr, dass nun ein Drittel aller Portugiesen im Alter zwischen 15 und 39 Jahren ins Ausland migrierte. Ein Drehtüreffekt, der gleichzeitig dazu beitrug, dass dort in diesen ehemaligen Hochburgen der Kommunisten, nun Chega, eine rechtspopulistische Kraft, stärkste Partei wurde.

Sozialistischer Internationalismus

Sozialistischer Internationalismus, Solidarität, setzt gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse in unterschiedlichen Ländern voraus. Gleichzeitig soll sie die Gesamtinteressen der Proletarier aller Länder im Kompass haben. Letzteres meint die Perspektive der Befreiung vom Kapitalismus. Man beachte: ich unterscheide hier bewusst diese „Gesamtinteressen“ von weiteren Interessen, die sich durchaus differenziert ergeben. Clara Zetkin sprach daher auch nicht von einer „Weltarbeiterklasse“, sondern von einem „Weltbund des Proletariats“ was auf die politischen Beziehungen der Arbeiterbewegungen in unterschiedlichen Ländern abhob.

Das alles verträgt sich aber nicht mit der Forderung Migrationspolitik zur Lösung eines angeblichen Fachkräftemangels zu bemühen. Sozialistinnen und Sozialisten müssen sich dieser Forderung – mindestens in dieser Pauschalität – verweigern, also die jeweilige Zahl der potentiell Arbeitenden allein den Bedürfnissen der kapitalistischen Verwertung anzupassen.

Zudem: Beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf – also das umfasst neben dem BIP ja auch noch Einkommen aus dem Ausland – liegen die am meisten unterentwickelten Länder bei 200 Dollar pro Einwohner jährlich. Im Kongo sind es 580 Dollar im Jahr. Die Schweiz oder Norwegen kommen indes auf über 90.000 Dollar ... In Bulgarien liegt der Wert bei etwa 10.000 Dollar. In Rumänien bei 14.000. In der Ukraine bei 4.000 Dollar. Mit Migration – also über die Zirkulation der Ware Arbeitskraft – kann das nicht angeglichen werden.

Es gibt Untersuchungen von Migrationsforschern, die zudem zeigen: Migrationsbewegungen gibt es kaum in Ländern mit einem BIP von unter 3000 Dollar pro Kopf. Der stärkste Anteil entfällt auf solche zwischen 8000 Dollar und 14.000 Dollar. In höheren Sphären nimmt die Migration dann eher wieder ab.

Was heißt das jetzt konkret?

In diesem letzten Abschnitt gehe ich auch auf die in der Einladung für heute erhobene Forderung ein, Unterschiede zwischen BSW und Die Linke zu betrachten sowie der Frage nachzugehen, warum im Betrieb vom Lohn Abhängige solidarisch mit ihren migrantischen Kollegen sind, indes auf der politischen Ebene kaum. Aber der Reihe nach ...

ERSTENS: 70 bis 80 % der Geflüchteten – nicht der Migranten, sondern derjenigen, die in Asylverfahren gelangen – fliehen aus Kriegsgebieten. Ein sehr wesentlicher Punkt ist hier Beseitigung der Fluchtursachen durch Krieg und

Zerstörung. Also der Einsatz für den Frieden. In diesem Punkt scheint mir das BSW sehr viel konsequenter zu sein als Die Linke.

ZWEITENS: Wir müssen uns auf der politischen Ebene mit der Wirkung supranationaler Organisationen, wie etwa der EU, beschäftigen. Das BSW fordert im EU-Wahlprogramm eine Rückübertragung legislativer und exekutiver Entscheidungskompetenzen auf die regionale und auf die nationale Ebene. Das befördert Demokratie. Es sollte dies m.E. auch das Schengen-Abkommen einbeziehen. Gerade unterentwickelte Länder müssen sich durch Protektion, eigene Währungspolitik usw. schützen können. Das schafft einen Rahmen für eine bessere ökonomische Entwicklung. Auf dieser Ebene macht das BSW in seinem EU-Wahlprogramm viele Vorschläge, ohne gleich den Binnenmarkt in Frage zu stellen. Bei der LINKEN finde ich da indes viele gefährliche Illusionen.

DRITTENS: Wir müssen uns mit der Politik der Freihandelszonen beschäftigen. Das berührt gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse aus unterschiedlichen Ländern. Denn diese beschädigt einerseits z.B. unsere eigene Landwirtschaft, sie ist im Sinne langer Transportketten klimaschädlich, während gleichzeitig die weniger entwickelten Länder mit Gütern überschüttet werden. Dazu gehört auch unsere Solidarität mit den zentralafrikanischen Nationen, die sich jetzt von der Dominanz der EU und Frankreichs befreien möchten.

VIERTENS: Wir sollten uns dafür einsetzen, dass dort wo Not, Hunger gegeben sind, die Ursachen für diese beseitigt werden und gleichzeitig die Verursacher zur Kasse gebeten werden. Durch den Aufbau von Schulen, sozialer Infrastruktur, einem Angebot an Arbeitsplätzen. Das nützt den Menschen dort und es nützt uns. Dazu gehört es sich gegen jegliche Formen von Wirtschaftssanktionen zu wenden. Ersteres wird von den LINKEN, wie vom BSW vertreten. Bei den Sanktionen bleibt die Haltung der LINKEN unzureichend.

FÜNFTENS: Wir müssen neue Konzepte zur Klimapolitik entwickeln. Da sehe ich beim BSW lauter Leerstellen, bei den LINKEN wieder zunehmend eine Haltung, diese Frage vom Kampf um sozialen Fortschritt und Schutz zu entkoppeln. Sympathien für CO₂-Bepreisungen, die wie eine indirekte Steuer wirken, illusionäre Vorstellungen von Ausgleichsmöglichkeiten über ein Klimageld usw.

SECHSTENS: Sind wir für oder gegen Abschiebungen? Ich bin gegen Abschiebungen, zumal wenn sie Menschen betreffen, die hier schon länger leben. Das berührt genau den Punkt der Solidarität von Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Denn die ständige Bedrohung mit Abschiebungen spaltet die Arbeiterklasse, es behindert ihre Kampfkraft. Da sehe ich in der

LINKEN eine klare Haltung. Beim BSW bildet sich eine realistischere Haltung nach und nach heraus. Das ist jedenfalls mein Eindruck, wenn etwa S.W. es inzwischen für unrealistisch hält 1 Million Syrer, die hier jetzt seit 9 oder 10 Jahren leben, abzuschieben.

SIEBTENS: Migration sollte sozial besser geregelt werden. Um einen Fachkräftemangel zu beheben, und sofern dieser existiert, bedarf es einer Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, die hilft Erwerbslosigkeit und zugleich einen Fachkräftemangel zu reduzieren. Der Import von Fachkräften aus dem Ausland kann sektoral manchmal sinnvoll sein (muss dann aber auch im Verhältnis zu diesen Ländern so geregelt werden, dass darüber keine Ausbeutung von „Humankapital“ entsteht), es ist dies aber kein generell richtiger Weg.

ACHTENS: Das politische Asylrecht ist zu verteidigen. Ja es muss wieder hergestellt werden. Auch Kriegsflüchtlinge haben ein Schutz-Recht. Das ist eine Position, die von beiden Parteien vertreten wird. Ich meine allerdings: wer das mit der Losung „Offene Grenzen für alle“ verbindet, der beschädigt am Ende das Asylrecht.

NEUNTENS: im BSW wird die Frage diskutiert, materielle Anreize für Migranten zu beseitigen. Nun: wenn es um Ärzte aus Niger, Malawi, Albanien, Griechenland usw. geht, die mit Kreditversprechen abgeworben werden, dann bin ich unbedingt dafür. Wie sieht es aber mit der Sozialhilfe für Geflüchtete aus, also auch wenn klar ist, dass sie keinen Anspruch auf Asyl haben werden? Ist es richtig da Sozialleistungen zu streichen?

Ich sage es mal so: wir sollten unterscheiden zwischen der Migrationspolitik der Herrschenden und andererseits unseren Umgang mit Migranten. Denn die mit der Migration auch kulturell provozierte Spaltung der Arbeiterklasse würde sich damit noch vertiefen. Mal abgesehen davon, dass die Streichung von Sozialleistungen auch verfassungswidrig wäre.

ZEHNTENS: im BSW wird diskutiert, ob man Asylverfahren nicht besser in Drittstaaten durchführen sollte. Grundsätzlich ist das vorstellbar. Ob damit am Ende aber nicht das Asylrecht unter die Räder gerät, ist fraglich und hängt von der Ausgestaltung mit ab. Ob wir diese im Zweifel dann aber selbst und human mit mitgestalten können, kann ich mir kaum vorstellen.

Ein humaner Umgang mit Geflüchteten muss ein Anliegen linker Politik bleiben. Doch wo Migrationspolitik des Staates nur darauf zielt erstens Löhne in den

Zielländern zu drücken, zweitens unterentwickelte Länder auszubeuten, ist Widerspruch unsererseits genauso angesagt.

Einen Punkt will ich noch hinzufügen. In der Debatte in der LINKEN wird häufig betont, dies alles zu lösen sei kein großes Problem, weil es ja viel Reichtum in diesem Lande gebe und man mit „Reichensteuern“ nur die Verteilung des Reichtums ändern müsse. Ich halte das für kalten Kaffee, denn jeder der ernsthaft über diese Frage nachdenkt, der weiß doch, dass diese Vorstellung allein schon von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen her betrachtet, auch viele irrealer Züge hat. Und zumal es das Kapital ja immer wieder schafft solche Steuerbelastungen dann im weiteren Ausbeutungsprozess wieder auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Viel wichtiger scheint mir deshalb der Kampf um die Primäreinkommen zu sein, der Kampf um Löhne, Arbeitszeiten, Renten. Auch die Regulierung der Arbeitsmärkte und die Verhinderung von Lohndiskriminierungen.

Anlage

Ausschnitte aus einem achtseitigen Papier von 2018 (das gesamte Papier ist auf der Webseite von Was tun zu finden) ... von DETLEF BIMBOES, CONSTANTIN BRAUN, FABIO DE MASI, HANNES FAUSER, HARRI GRÜNBERG, MALTE HEIDORN, FLORIAN HORN, ALEXANDER KING, RALF KRÄMER, JUTTA KRELLMANN, LYDIA KRÜGER, MICHAEL LEUTERT, LEV LHOMMEAU, JAN MAROSE, KASPAR SCHOLEMANN, HANS THIE, ROMAN VERESSOV, SABINE ZIMMERMANN

DIE LINKE muss konsequent für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintreten. Der Schutz von Menschen in Not, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, kennt keinerlei Einschränkungen. (...)

Wir wollen die **Wiederherstellung des Asylrechts für politisch Verfolgte (insbesondere eine Überwindung der Dublin-Abkommen und Abschaffung der „sicheren Herkunftsstaaten“)** und **eine konsequente Anwendung des Nichtzurückweisungsprinzips an den Grenzen (...)**

unmenschlicher Internierung von MigrantInnen in- und außerhalb Europas einen Riegel vorschieben. Wir wollen umfassenden subsidiären Schutz für flüchtende Menschen (...)

Gerade jene Länder, die die (...) größte Last tragen, erhalten (...) zu wenig Mittel. (...) Durch eine massive Erhöhung der **Finanzausstattung der UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR)** wollen wir die Herstellung von **menschenwürdigen Unterbringungsbedingungen in den Flüchtlingslagern in den Heimatregionen und angrenzenden Ländern** erreichen (...)

Unbegrenzte **Schutzgewährung für Menschen in Not** ist etwas anderes als eine unbegrenzte Einwanderung. (...)

Eine **gelungene Immigration** bemisst sich (...) an größtmöglicher Lebensqualität für alle. **Ihr Gradmesser ist also letztlich der Integrationserfolg und dieser beruht auf materiellen Voraussetzungen, die wir immer wieder herstellen müssen. (...)**

Dafür müssen wir die jeweils **aktuell tatsächlich verfügbaren und immer begrenzten ökonomischen Ressourcen und Kapazitäten**, die im Wesentlichen aus inländischen Steuern und Abgaben bestehen, möglichst sinnvoll einsetzen und **auszubauen versuchen. (...)** **Aber zum einen darf nicht so getan werden, als ob die Integration keine oder nur eine vernachlässigbare Belastung für den Sozialstaat darstellen würde.** Zum anderen dürfen wir nicht dem Wunschdenken verfallen, als ob die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse dergestalt beschaffen seien, dass wir unbegrenzt finanzielle Mittel mobilisieren könnten.

Der DGB hat in seinem Beschluss von 2014 (...) eine Reihe von konkreten Vorschlägen (...) gemacht. Darunter sind die **Abschaffung (..) struktureller Diskriminierungen von ausländischen Beschäftigten, die Gleichbehandlung bei den Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung** und die Überprüfung der Einhaltung der Bedingungen nach erfolgter Beschäftigungsaufnahme oder eine zeitlich befristete Bindung der Aufenthaltserlaubnis an eine Beschäftigungsgruppe (...) Auch der Paritätische Gesamtverband (...) empfiehlt statt der **Auflistung von Mangelberufen die Aufstellung einer Negativliste für Berufe mit einem Überangebot an Arbeitskräften (...)**